

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1995
Ausgegeben am 28. Juli 1995
155. Stück

- 482. Kundmachung:** Geltungsbereich des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)
- 483. Kundmachung:** Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
- 484. Kundmachung:** Geltungsbereich der Internationalen Vereinbarung über die Nutzung von INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen innerhalb des Küstenmeeres und in Häfen
- 485. Kundmachung:** Geltungsbereich des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und des Anpassungsprotokolls
- 486. Kundmachung:** Kündigung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Ministerium für Industrien, Handel und Integration der Republik Ecuador andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich
- 487. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Kroatien über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht**
-

482. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT)

Nach Mitteilungen des Generaldirektors des GATT sind folgende weitere Staaten auf Grund der Erklärung gemäß Art. XXVI Abs. 5 lit. c Vertragspartei des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) (BGBl. Nr. 254/1951 idF BGBl. Nr. 86/1958 und 250/1966, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 64/1995) geworden:

Staaten:	Vertragspartei mit Wirksamkeit vom:
Dschibuti	27. Juni 1977
Papua-Neuguinea	16. September 1975
Salomonen	7. Juli 1978

Einer weiteren Mitteilung des Generaldirektors des GATT zufolge ist der Rat gemäß Beschluß vom 16. Juni 1993 der Ansicht, daß die „Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro)“ nicht automatisch den Status der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien als Vertragspartei des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens fortsetzen kann. Er hat daher beschlossen, daß die „Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro)“ um Aufnahme in das GATT ansuchen sollte und daß sie nicht an der Tätigkeit des Rates und der ihm nachgeordneten Organe teilnehmen soll. Weiters hat der Rat andere Ausschüsse und nachgeordnete Organe des GATT einschließlich der Ausschüsse der Tokio-Runden-Übereinkommen und des Handels- und Entwicklungsausschusses eingeladen, die dem Vorerwähnten entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Vranitzky

483. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hat Bolivien am 28. April 1995 seine Beitrittsurkunde zum Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. Nr. 200/1961, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 417/1995) hinterlegt.

Vranitzky

484. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der Internationalen Vereinbarung über die Nutzung von INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen innerhalb des Küstenmeeres und in Häfen

Nach Mitteilungen des Generaldirektors der INMARSAT haben folgende weitere Staaten ihre Beitrittsurkunden zur Internationalen Vereinbarung über die Nutzung von INMARSAT-Schiffs-Erdfunkstellen innerhalb des Küstenmeeres und in Häfen (BGBl. Nr. 686/1993) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde:
Bulgarien	26. Juni 1995
China	3. November 1993
Kuba	15. September 1993
Liberia	13. Juni 1995
Malaysia	27. Juli 1994
Malediven	18. Februar 1994
Zypern	29. März 1994

Vranitzky

485. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und des Anpassungsprotokolls

Nach Mitteilung des Rats der Europäischen Union hat Liechtenstein am 25. April 1995 seine Ratifikationsurkunde zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (BGBl. Nr. 909/1993) und zum Anpassungsprotokoll zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (BGBl. Nr. 910/1993, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 58/1994) hinterlegt. Das Abkommen und das Anpassungsprotokoll sind gemäß Art. 129 Abs. 3 des Abkommens, ersetzt durch Art. 6 des Anpassungsprotokolls und gemäß Art. 22 Abs. 4 des Anpassungsprotokolls in Verbindung mit Art. 6 des Beschlusses des EWR-Rates Nr. 1/95 für Liechtenstein mit 1. Mai 1995 in Kraft getreten.

Vranitzky

486. Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministers für Finanzen betreffend die Kündigung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Ministerium für Industrien, Handel und Integration der Republik Ecuador andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das Abkommen zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und dem Ministerium für Industrien, Handel und Integration der Republik Ecuador andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich (BGBl. Nr. 623/1976) wurde gemäß seinem Artikel 5 von Österreich mit Note vom 23. Jänner 1995 gekündigt und tritt gemäß derselben Bestimmung mit Ablauf des 23. November 1995 außer Kraft.

Ditz

Staribacher

487. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Kroatien über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht

Österreichische Botschaft
Zagreb
Zl. 4.203/35/95

Verbalnote

Die Österreichische Botschaft entbietet dem Außenministerium der Republik Kroatien ihre Hochachtung und beehrt sich, der Regierung der Republik Kroatien den Abschluß eines Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Kroatien über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht vorzuschlagen, das folgenden Wortlaut haben soll:

Artikel 1

Die Staatsbürger der Vertragsstaaten, die einen der im Artikel 3 angeführten Reiseausweise mit sich führen, können ohne Sichtvermerke des anderen Vertragsstaates die Grenzen der Vertragsstaaten überschreiten und sich drei Monate auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten.

Artikel 2

Artikel 1 findet keine Anwendung auf jene Personen, die sich länger als drei Monate auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten wollen oder dort die Ausübung einer Erwerbstätigkeit beabsichtigen. In diesen Fällen ist vor der Einreise die Erteilung eines Sichtvermerkes oder einer Aufenthaltsbewilligung erforderlich.

Artikel 3

(1) Der Grenzübertritt auf Grund dieses Abkommens ist österreichischen Staatsbürgern, die Inhaber eines der nachstehend angeführten gültigen Reiseausweise sind, gestattet:

- a) gewöhnlicher Reisepaß
- b) Diplomatenpaß
- c) Dienstpaß
- d) Sammelreisepaß in Verbindung mit einem amtlich ausgestellten Ausweis, aus dem die Identität zu erkennen ist
- e) Schifferausweis.

(2) Österreichischen Staatsbürgern wird der Grenzübertritt auch mit einem gewöhnlichen Reisepaß, dessen Gültigkeit seit weniger als fünf Jahren abgelaufen ist, gestattet.

(3) Der Grenzübertritt auf Grund dieses Abkommens ist kroatischen Staatsbürgern, die Inhaber eines der nachstehend angeführten gültigen Reiseausweise sind, gestattet:

- a) Reisepaß (persönlicher oder Familienreisepaß)
- b) Diplomatenpaß
- c) Dienstpaß
- d) Sammelreisepaß versehen mit Lichtbild jeder im Sammelreisepaß eingetragenen Person
- e) Kinderausweis
- f) Seedienstbuch oder Schifferausweis
- g) Reiseausweis (putni list), der nur zur Durchreise durch bzw. zur Ausreise aus der Republik Österreich zwecks Rückkehr in die Republik Kroatien berechtigt.

(4) Der Grenzübertritt kann an allen für den Reiseverkehr zugelassenen Grenzübertrittsstellen erfolgen.

Artikel 4

(1) Die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten über den Aufenthalt von Ausländern bleiben durch dieses Abkommen unberührt.

(2) Ebenso bleibt das Recht der Vertragsstaaten, Staatsbürger des anderen Vertragsstaates aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder wegen Gefährdung anderer öffentlicher Interessen zurück- oder auszuweisen, unberührt.

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat gestattet Personen, die mit einem seiner Reiseausweise auf Grund der Erleichterungen dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingereist sind, jederzeit die Rückreise auf sein Hoheitsgebiet.

Artikel 6

Jede Seite kann aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen vorübergehend ganz oder teilweise aussetzen. Die Aussetzung und ihre Aufhebung sind der anderen Seite unverzüglich auf diplomatischem Wege zu notifizieren.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen kann jederzeit unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten gekündigt werden. Die Kündigung ist der anderen Seite auf diplomatischem Wege zu notifizieren.

(2) Falls die Regierung der Republik Kroatien mit Vorstehendem einverstanden ist, werden diese Note und die das Einverständnis der Regierung der Republik Kroatien zum Ausdruck bringende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Kroatien bilden, das das Abkommen vom 20. Dezember 1965 zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht *) in der Fassung des Abkommens vom 21. Dezember 1982 und 4. Jänner 1983 *) im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien ersetzt und am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander mitteilen, daß die jeweiligen hiefür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Österreichische Botschaft benützt diesen Anlaß, dem Außenministerium der Republik Kroatien erneut ihre ausgezeichnete Hochachtung zu versichern.

Zagreb, am 16. Februar 1995

L. S.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 365/1965 idF BGBl. Nr. 117/1983

Republika Hrvatska
Ministarstvo Vanjskih Poslova
Zagreb

Nota br. 410/SN/95

Ministarstvo vanjskih poslova Republike Hrvatske izražava svoje osobito štovanje Veleposlanstvu Republike Austrije u Zagrebu te ima čast potvrditi primitak note Veleposlanstva Republike austrije broj 4.203/35-A/95 od 16. veljače 1995. godine koja glasi:

Veleposlanstvo Republike Austrije u Zagrebu izražava svoje visoko štovanje Ministarstvu vanjskih poslova Republike Hrvatske. Veleposlanstvu je čast predložiti Vladi Republike Hrvatske sklapanje ugovora o ukidanju viza između Savezne vlade Republike Austrije i Vlade Republike Hrvatske. Ugovor bi trebao glasiti kako slijedi:

Članak 1.

Državljeni zemalja potpisnica Ugovora koji su nositelji jedne od putnih isprava navedenih u članku 3. mogu bez vize druge zemlje potpisnice Ugovora prijeći granice zemalja potpisnica Ugovora i zadržati se tri mjeseca na području nad kojim druga zemlja potpisnica Ugovora ima suverena prava.

Članak 2.

Članak 1. ne primjenjuje se na osobe koje se žele dulje od tri mjeseca zadržati na području nad kojim druga zemlja potpisnica Ugovora ima suverena prava ili se tamo namjerava baviti poslovnom djelatnošću. U takvim slučajevima potrebno je prije ulaska u zemlju ishoditi vizu ili dozvolu boravka.

Članak 3.

1. Prijelaz granice na osnovi ovog Ugovora dozvoljen je austrijskim državljanima koji su nositelji jedne od slijedećih važećih putnih isprava:

- a) obična putovnica
- b) diplomatska putovnica
- c) službena putovnica
- d) zajednička putovnica uz službeno izdanu ispravu, iz koje je vidljiv identitet
- e) pomorska knjižica.

2. Austrijskim državljanima dozvoljen je prijelaz granice i s običnom putovnicom kojoj je važenje isteklo prije manje od pet godina.

3. Prijelaz granice na osnovi ovog sporazuma dozvoljen je hrvatskim državljanima koji su nositelji jedne od slijedećih važećih putnih isprava:

- a) obična putovnica (osobna ili obiteljska)
- b) diplomatska putovnica
- c) službena putovnica
- d) zajednička putovnica s fotografijom svake osobe unesene u zajedničku putovnicu
- e) dječja putovnica
- f) pomorska knjižica ili matrikula
- g) putni list koji omogućuje jedino tranzit kroz ili izlaz iz Republike Austrije radi povratka u Republiku Hrvatsku.

4. Prijelaz granice dozvoljen je na svim graničnim prijelazima predviđenim za putnički promet.

Članak 4.

1. Ovaj Ugovor ne utječe na pravne propise zemalja potpisnica Ugovora glede boravka stranaca.

2. Ovaj Ugovor ne utječe niti na pravo bilo koje od zemalja potpisnica Ugovora da iz razloga javne sigurnosti i reda ili radi ugroženosti drugih javnih interesa odbije primiti ili protjera državljane druge zemlje potpisnice Ugovora.

Članak 5.

Svaka zemlja potpisnica Ugovora obvezna je osobama koje su na osnovi olakšica ovog Ugovora ušle na područje nad kojim druga zemlja potpisnica Ugovora ima suverena prava u bilo koje vrijeme dopustiti povratak na područje nad kojim ima suverena prava.

Članak 6.

Svaka ugovorna stranka može iz razloga javnog reda i mira, sigurnosti ili zdravlja, privremeno, u cjelosti ili djelomično, obustaviti primjenu Ugovora. Obustavu primjene i ukidanje treba neodgodivo notificirati drugoj strani diplomatskim putem.

Članak 7.

1. Ovaj se Ugovor može otkazati u bilo koje vrijeme, pridržavajući se tromjesečnog roka. Druga strana diplomatskim se putem obavještava o otkazivanju.

2. Ako je Vlada Republike Hrvatske suglasna s prethodno navedenim, ova će nota te nota odgovora koja izražava suglasnost Vlade Republike Hrvatske činiti Sporazum između Savezne vlade Republike Austrije i Vlade Republike Hrvatske, koji u odnosima Republike Hrvatske i Republike Austrije zamjenjuje Sporazum od 20. prosinca 1965. između Savezne vlade Republike Austrije i Vlade Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o ukidanju viza u verziji sporazuma od 21. prosinca 1982. i 4. siječnja 1983. godine, a koji stupa na snagu prvog dana drugog mjeseca nakon mjeseca u kojem su se ugovorne stranke međusobno obavijestile da su ispunjeni potrebni unutardržavni uvjeti.

Veleposlanstvo Republike Austrije koristi i ovu prigodu da Ministarstvu vanjskih poslova Republike Hrvatske ponovi izraze osobitog šovanja.

Ministarstvo vanjskih poslova Republike Hrvatske ima čast potvrditi da je Vlada Republike Hrvatske u cijelosti suglasna s prethodno navedenim odredbama, te da nota Veleposlanstva Republike Austrije u Zagrebu, te ova nota odgovora, čine Ugovor o ukidanju viza između Vlade Republike Hrvatske i Savezne vlade Republike Austrije.

Ministarstvo vanjskih poslova Republike Hrvatske koristi i ovu prigodu da Veleposlanstvu Republike Austrije u Zagrebu ponovi izraze osobitog šovanja.

Zagreb, 16. veljače 1995.

L. S.

Veleposlanstvo Republike Austrije
Zagreb

(Übersetzung)

Republik Kroatien
Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
Note Zl. 410/SN/95

Das Außenministerium der Republik Kroatien entbietet der Österreichischen Botschaft in Zagreb seine vorzügliche Hochachtung und beehrt sich, den Erhalt der Note der Österreichischen Botschaft Zl. 4.203/35-A/95 vom 16. Februar 1995 zu bestätigen, die folgendermaßen lautet:

Die Österreichische Botschaft in Zagreb . . . (es folgt der weitere Text der österr. Eröffnungsnote) erfüllt sind.

Das Außenministerium der Republik Kroatien beehrt sich zu bestätigen, daß die Regierung der Republik Kroatien vollinhaltlich mit den obigen Ausführungen einverstanden ist; daher bildet diese Note zusammen mit der Note der Österreichischen Botschaft in Zagreb das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Kroatien und der Österreichischen Bundesregierung über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht.

Das Außenministerium der Republik Kroatien benützt diese Gelegenheit, um der Österreichischen Botschaft Zagreb den Ausdruck seiner besonderen Hochachtung zu wiederholen.

Zagreb, 16. Februar 1995

L. S.

An die
Österreichische Botschaft
Zagreb

Die Mitteilungen gemäß Art. 7 Abs. 2 des Abkommens wurden am 31. März bzw. 19. Juni 1995 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 7 Abs. 2 mit 1. August 1995 in Kraft.

Vranitzky